

Spreekurier

Sommer 2026



ZEITUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI TREPTOW - KÖPENICK

Treptow-Köpenicks Zukunft

EINE WACHSENDE STADT MUSS FUNKTIONIEREN.

Es geht mal wieder ums Ganze: um die Stadt Berlin und die Zukunft unseres Bezirks Treptow-Köpenick. In Wahljahren wie diesen wird besonders intensiv darum gerungen, wie es weitergehen soll, welche Anstöße für die weitere Entwicklung gegeben werden – oder ob alles beim Alten bleiben soll. „Alles beim Alten“ wäre aber kein Fortschritt, kein Mehrwert.

Für mich geht es darum, für Treptow-Köpenick eine Balance weiterzuentwickeln: zwischen der Bewahrung einer guten Lebensqualität und Veränderungen, die neue Chancen versprechen. Insbesondere für die jüngere Generation, denn genau sie soll sich hier in unserem Bezirk entwickeln: in Schulen, Hochschulen, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Da kann nicht „alles beim Alten“ bleiben. Treptow-Köpenick wird bis 2040 der am stärksten wachsende Bezirk sein. Viele Menschen, die schon lange hier leben, sehen darin weniger Chancen als Sorgen. Eine wachsende Stadt muss funktionieren. Viele atmen auf, dass wieder problemlos Termine im Bürgeramt erhältlich sind oder man spontan hingehen kann. Die Eröffnung eines dritten Bürgeramtsstandortes war dafür eine Voraussetzung, aber auch, dass – wer will und kann – mehr Verwaltungsdinge online erledigt werden können. Hier schlummert noch viel Potenzial – Onlineanträge wie die für Wohngeld machen Dinge für die Menschen einfacher. Künftig müssen standardisierte Abläufe besser mit künstlicher Intelligenz unterstützt werden, um Anliegen schneller und



Quelle: Britta Landt

weniger fehleranfällig bearbeiten zu können.

Brauchen wir dann bald keine Beschäftigten mehr? Nein: Digitalisierung schafft Raum für mehr Analoges, beispielsweise die Beratung von Bürgerinnen und Bür-

gern. Genau dafür blieb oft keine Zeit – Sprechstunden wurden reduziert oder die persönliche Vorsprache ganz eingestellt. Nun kann die Verwaltung wieder ihr sympathisches Gesicht zeigen und direkt beraten.

Die Chancen einer wachsenden Stadt liegen auch noch woanders, zum Beispiel in den Chancen für unser Handwerk. Neben Arbeitsplätzen in Forschung, Wissenschaft und Unternehmen benötigen wir mehr denn je Menschen, die mit ihren Handwerkskenntnissen Heizungen und Leitungen warten und reparieren, Straßen oder Gebäude sanieren. Es gibt immer etwas für die Menschen zu tun – nehmen wir den Bereich der Pflege – wer wird das in den nächsten Jahrzehnten für uns tun? Dafür, genau dafür müssen wir die Voraussetzungen in unserem Bezirk schaffen.

Deshalb ist der Neubau mietpreisgebundener Wohnungen genauso wichtig wie eine funktionsorientierte Verkehrsinfrastruktur. Die Hürden im öffentlichen Nahverkehr, aber auch für Pkws zählen zu den wichtigsten Themen in Treptow-Köpenick. Ideologische Vorgaben, wer wie zu fahren hat, sind da nicht hilfreich. Vielmehr ist das Angebot entscheidend: ein flächendeckend verlässlicher 10-Minuten-Takt wird den ÖPNV attraktiver machen und das eine oder andere Mal die Fahrt mit dem Auto einsparen. Wenn die Stadt größer wird, müssen halt alle Angebote mehr werden: das gilt für den Verkehr, für die Verwaltung und die Wirtschaft. Und dieses „mehr werden“ und nicht „alles beim Alten lassen“ soll für die Menschen in unserem schönen Bezirk eine Bereicherung sein.

Von **Oliver Igel**
Bezirksbürgermeister von
Treptow-Köpenick



Im Netz:

www.spd-treptow-koepenick.de

Per E-Mail:

kreis.treptow-koepenick@spd.de

Vor Ort:

SPD Treptow Köpenick
Bürgerbüro · Grünaauer Str. 14
12557 Berlin



IMPRESSUM

Spreekurier

Zeitung der Sozialdemokratischen Partei in
Treptow-Köpenick

SPD Treptow-Köpenick
Kreisvorsitzende Ana-Maria Träsnea
und Alexander Freier-Winterwerb (V.i.S.d.P.)
Grünaauer Str. 14, 12557 Berlin

kreis.treptow-koepenick@spd.de
www.spd-treptow-koepenick.de

SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick
Fraktionsvorsitzende
Irina Vogt & Paul Bahlmann (V.i.S.d.P.),
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Redaktion: Dr. Ursula Walker, Laura Lecher

Beiträge von: Paul Bahlmann, Julia Dittmar, Lars Düsterhöft, Alexander Freier-Winterwerb, Peter Groos, Ellen Haußdörfer, Oliver Igel, Grit Rohde, Sara Rüdiger, Steffen Sambill, Manuel Tyx, Irina Vogt, Dunja Wolff

Grafik: SPD Treptow-Köpenick / Laura Lecher
Druck: MegaDruck.de Produktions- und Vertriebs-
GmbH

Eine Frage der Haltung

WARUM SOZIALE POLITIK DORT BEGINNEN MUSS,
WO DER ALLTAG DER MENSCHEN STATTFINDET.



Quelle: Britta Landt

Politik beginnt nicht erst im Plenarsaal. Sie beginnt morgens auf dem Schulweg, im Gespräch in der Kita oder abends am Küchentisch, wenn man versucht, Familie, Arbeit und Verantwortung zu organisieren. Genau dort zeigt sich, ob Politik funktioniert und was sie im Alltag der Menschen wirklich bewirken kann.

Ich bin aktiv geworden, weil ich jeden Tag erlebe, wo Strukturen nicht tragen. Als Mutter von drei Kindern. Als Arbeitnehmerin. Und als jemand, der sich seit über zehn Jahren vor Ort engagiert – auch ohne Mandat.

Ich weiß, wie sich überlastete Schulen anfühlen. Wie schwierig es sein kann, einen Kinderarzt in Wohnortnähe zu finden. Und wie selbstverständlich von Frauen erwartet wird, im Alltag vieles zu organisieren, ohne dass dieses groß politische Beachtung findet.

Wenn wir als SPD wieder stärker werden wollen, müssen wir genau dort ansetzen. Nicht mit immer neuen Schlagworten, sondern mit klaren Prioritäten. Wir sollten

deutlich sagen, wofür wir stehen – und Entscheidungen danach ausrichten.

Für Bildungsgerechtigkeit von Anfang an. Gut ausgestattete Kitas und funktionierende Ganztagschulen, in denen Lehrkräfte, Sozialarbeit und andere Fachkräfte zusammenarbeiten, sind Voraussetzung für faire Chancen. Wer will, dass Herkunft nicht über Lebenswege entscheidet, muss genau hier investieren: in gute Lernorte, ausreichend Personal und verlässliche Strukturen.

Für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung, die auch in den Außenbezirken zuverlässig funktioniert. Medizinische Versorgungszentren, mobile Angebote und niedrigschwellige Beratung tragen dazu bei, Versorgungslücken zu schließen.

Für Gleichstellung im Alltag. Wer Care-Arbeit übernimmt, Teilzeit arbeitet oder Angehörige pflegt, darf daraus keine strukturellen Nachteile haben.

Für bezahlbares Wohnen und für öffentliche Sicherheit, die sich

im Alltag zeigt – in gut beleuchteten Straßen, in sicheren Wegen zur Kita und Schule, in gepflegten Parks.

Und für eine Stadt, die finanziell handlungsfähig bleibt und in ihre öffentliche Infrastruktur investiert.

All diese Perspektiven gehören dorthin, wo politische Entscheidungen getroffen werden, und ich möchte diese als Spitzenkandidatin einbringen.

Ich glaube nicht, dass Menschen politikverdrossen sind. Viele haben schlicht den Eindruck, dass ihre alltäglichen Probleme zu selten im Mittelpunkt stehen. Das will ich ändern! Genau deshalb kandidiere ich. Weil soziale Politik dann überzeugt, wenn sie den Alltag ernst nimmt – und dort auch ankommt.

Von **Julia Dittmar**
Spitzenkandidatin für das Berliner
Abgeordnetenhaus der SPD
Treptow-Köpenick

Hallo Treptow-Köpenick!



Quelle: SPD Berlin/Anne Hufnagl

Von **Steffen Krach**
Kandidat für das Amt des Regierenden
Bürgermeisters von Berlin für die SPD

Hallo Treptow-Köpenick! Mein Name ist Steffen Krach und ich stelle mich Ihnen zur Wahl für das Amt des Regierenden Bürgermeisters. Vielleicht denken Sie: Jemand von der SPD? Schon wieder die SPD? Ich finde, diese Fragen sind nach Jahrzehnten, in denen die SPD regiert hat, legitim. Und ich möchte Ihnen meine Antwort darauf geben, mit der ich Sie am 20. September 2026 um Ihr Vertrauen bitte.

Wer regiert, trägt Verantwortung – für das, was gut läuft und ebenso für das, was nicht gut läuft. Dieser Verantwortung stellen wir uns als SPD. Wir haben für Berlin viel Gutes erreicht, aber auch Fehler gemacht, zum Beispiel in der Wohnungspolitik. Daraus haben wir Konsequenzen gezogen und arbeiten daran, dass es besser wird. Und wir haben ein klares Bild, wie Berlin zukünftig aussehen soll.

2002 bin ich nach Berlin gekommen. Ich habe als Student die Clubs und Kneipen kennengelernt, als Vater die Krabbelgruppen und Kitas und schließlich die Schulen. Ich kenne die Krankenhäuser und die Terminsuche bei Arztpraxen. Ich war in Vereinen und den Kultureinrichtungen. Berlin ist in diesen Jahren zu meinem Zuhause geworden. Ich kenne den Berliner Alltag, ich kenne die wunderbaren Seiten dieser Stadt und die, die weh tun.

Aber was ich hier vor allem erlebt habe: Eine starke Verbundenheit der Menschen mit ihrer Stadt und das Selbstverständnis mit anzupacken. Es gibt keine Stadt, die so sehr von den Menschen geprägt wurde wie Berlin. Sie haben die Stadt in schweren Zeiten der Trennung am Leben gehalten, sie haben die Mauer zum Fall gebracht, sie haben die zwei Teile zu einem Ganzen wieder zusammenwachsen lassen. Mit Engagement, Zusammenhalt und dem Mut, voranzugehen.

So habe ich Berlin kennengelernt und so möchte ich es schützen.

Oder genauer gesagt: Ich will dafür arbeiten, dass wir zu diesem Gefühl zurückfinden. Viele Menschen spüren, dass die Stadt ins Stocken geraten ist, dass einiges nicht gut funktioniert und dass die Stimmung insgesamt rauer wird.

Ich will dafür arbeiten, dass wir wieder mit Zuversicht in die Zukunft blicken und stolz sind auf unser Berlin. Dass wir in einer Stadt leben, die vielleicht nie perfekt sein wird, aber die das Herz am rechten Fleck hat und für Bewegung steht: In unserem Alltag, in der Wirtschaft und Wissenschaft, in der Gesundheit, Bildung und Kultur. Eine Stadt, in der Zusammenhalt und Solidarität den Alltag bestimmen, nicht Spaltung und Rücksichtslosigkeit.

Das Rote Rathaus muss dabei vorangehen – zusammen mit dem Senat und den Bezirken. Denn Berlin kann nur dann stark sein, wenn alle seine zwölf Teile stark sind. Treptow-Köpenick ist dafür ein hervorragendes Beispiel. Ein Bezirk, der stolz ist auf seine Tradition, weltweit mit Innovation

und Wirtschaftskraft strahlt und in vielem Vorbild ist. Dafür haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den vergangenen Jahrzehnten gearbeitet und sie sorgen auch dafür, dass die Bedarfe der Menschen im Bezirk gehört werden. Zum Beispiel bei der weiteren Verbesserung der Verkehrsanbindung.

Gemeinsam werden wir alles dafür tun, dass Wohnen in Berlin wieder bezahlbar wird. Dass die Stadt sauberer und sicherer wird, mit einem verlässlichen ÖPNV und einer hervorragenden Gesundheitsversorgung. Ich möchte Berlin zum Vorbild für eine familienfreundliche Metropole entwickeln, wo Kinder gut aufwachsen und Großeltern in Würde alt werden können. Berlin hat ein großes Potenzial und kann gemeinsam mit den Menschen, die hier leben, so viel erreichen. Ich möchte als Regierender Bürgermeister dafür sorgen, dass das gelingt.

All das sage ich nicht als Oppositionspolitiker, der nie regiert hat, sondern als jemand, der weiß, wie

schwer die Regierungspraxis ist. Ich habe sieben Jahre als Staatssekretär in Berlin in zwei verschiedenen Landesregierungen gearbeitet und trage seit über vier Jahren Verantwortung für 1,2 Millionen Menschen in 21 Gemeinden und Städten in der Region Hannover. Ich kenne die Herausforderungen sehr genau und ich weiß, dass es keine einfachen Antworten gibt. Deswegen ist mir eines immer sehr wichtig: Ich verspreche nur, was ich auch halten kann. Aber ich sage sehr bewusst: Berlin verdient eine bessere Führung im Roten Rathaus – dafür trete ich an und dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

Ich freue mich auf die Begegnungen in den kommenden Monaten überall in unserer wunderbaren Stadt und natürlich auch in dem wunderschönen Bezirk Treptow-Köpenick, den ich schon oft auf Land und zu Wasser erleben konnte.

Wir können zusammen Zukunft gestalten.

Auf geht's Berlin, auf geht's Treptow-Köpenick!

FÜR DIE FREIHEIT. FÜR DIE DEMOKRATIE.

Von **Steffen Krach**
Kandidat für das Amt des Regierenden
Bürgermeisters von Berlin für die SPD

Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Demokratie auch nicht. Berlin weiß das – als Stadt der Revolutionen, der Diktaturerfahrung, des Mauerbaus und des Mauerfalls. Und wir spüren das heute wieder, in Berlin und in Deutschland. Es gibt eine Partei, die unsere offene Gesellschaft verachtet, auf Spaltung setzt und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören will. Die AfD ist die größte Gefahr für unser Land, für alles, was wir uns über Jahrzehnte er-

arbeitet haben. Sie ist eine Gefahr für unseren Wohlstand, für die Gewerkschaften, für Vielfalt und Toleranz und für den Zusammenhalt in Europa.

Deswegen kämpfen wir gerade um etwas Größeres als eine Wahl, wir kämpfen um unsere Freiheit und Demokratie. Wir wissen: Faschismus beginnt nicht mit Panzern, sondern mit Worten – mit der Entmenschlichung von Nachbarn, mit Angriffen auf freie Medien, mit der Verachtung von Parlamenten, mit dem Druck auf die unabhängige Justiz.

Das lassen wir nicht zu. Darum treibt die SPD die Demokratieför-

derung und Extremismusprävention voran und ja, wir haben auch eine Bundesratsinitiative für ein Verbotsverfahren gegen die AfD angestoßen. Das ist das schärfste Mittel des Rechtsstaats, aber wenn eine Partei systematisch die freiheitlich-demokratische Grundordnung aushöhlen will, darf der Staat nicht wegsehen. Wir handeln, damit die Demokratie handlungsfähig bleibt – nicht erst, wenn es zu spät ist.

Das ersetzt aber nicht die politische Auseinandersetzung. Es ist unser gemeinsamer Auftrag, bei den Parolen der AfD dagegenzuhalten. In unseren Familien, Freun-

desgruppen, am Arbeitsplatz, im Verein und in unseren Kiezen. Sie verspricht den Menschen das Blaue vom Himmel, dabei zeigen ihre Positionen beim genauen Hinsehen genau das Gegenteil. Mit der AfD können wir alle nur verlieren. Wer aus Überzeugung stramm rechts wählt, den werden wir nicht mehr erreichen. Aber diejenigen, die aus Protest die AfD wählen wollen, weil sie sich von anderen Parteien nicht gesehen fühlen, um diese Menschen will ich kämpfen. Weil ich ihre Sorgen ernst nehme, und weil ich will, dass unsere Kinder auch in Zukunft in Freiheit und Demokratie leben.

**Mehr über
und mit
Steffen Krach:**



BERLIN-PLAN

FÜR MEHR WOHNUNGEN UND
BEZAHLBARE MIETEN



Quelle: SPD Berlin

Wir haben den Berlin-Plan für mehr Wohnungen und bezahlbare Mieten: Den Dreiklang aus Bauen, Regulieren und Deckeln.

Von **Steffen Krach**

Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin für die SPD

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode konnte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung unter SPD-Führung rund 80.000 neue Wohnungen für Berlin erreichen. Damit gehört Berlin zur Spitze im bundesweiten Vergleich. Und dennoch: Das reicht nicht. Für die nächsten fünf Jahre wollen wir 100.000 neue Wohnungen schaffen. Dafür weiten wir die Förderung von sozialem Wohnungsbau durch ein neues öffentliches Wohnungsbauprogramm aus. Die Hälfte der neuen Wohnungen soll durch landeseigene Wohnungsbau-Gesellschaften errichtet werden, die andere von Genossenschaften und private Bauherren. Die Genehmigungsprozesse beschleunigen wir mit dem Schneller-Bauen-Gesetz und machen das Bauen günstiger durch das Einfach-Bauen-Gesetz.

1,8 Millionen Quadratmeter Büroflächen stehen leer in Berlin. Viel Raum, der besser genutzt werden kann. Deshalb werden wir den Umbau dieser Flächen zu neuen Wohnungen fördern, Mietpreisbindung inklusive. Berlin braucht Azubis und Azubis brauchen ein Dach über dem Kopf. Mit einem neuen Azubiwerk errichten wir bezahlba-

ren Wohnraum für die neuen Generationen von Fachkräften.

Viele Menschen erleben es, die neue Mietpreisprüfstelle zeigt es: Zu oft missachten Vermieter die Regeln und verlangen Mieten zu Mondpreisen. Mit einem Mietenkataster, das alle Mieten und Wohnungen erfasst, sorgen wir endlich für Transparenz. Wer Abzocke betreibt, Wohnungen aus Spekulation leer stehen lässt oder illegale Kurzzeitvermietungen praktiziert, fliegt auf. Den Mieterinnen und Mietern stellen wir eine Mietenaufsicht zur Seite: Sie verfolgt und ahndet Verstöße und schützt die Menschen vor Abzocke. Auch illegale Ferienapartments holen wir für die Berlinerinnen und Berliner zurück, unterstützt durch eine Spezialeinheit Wohnraumschutz.

Wenn der Markt versagt, muss Politik handeln. Deshalb kämpfen wir für einen rechtssicheren Mietendeckel, der exzessive Mieten begrenzt. Der einfachste Weg dorthin führt durch den Bund: Er kann den Ländern das Recht einräumen, Mietendeckel in besonders angespannten Wohnungsmärkten einzuführen. Wir machen weiter Druck, damit die Bundesregierung dieser Forderung endlich nachkommt – das kostet sie keinen Cent, aber sorgt bei Millionen von Menschen für eine spürbare Entlastung.

So schaffen wir dauerhaft mehr bezahlbaren Wohnraum. Nicht auf Knopfdruck und nicht sofort, aber mit einem klaren Plan und entschlossenen Handeln.



Quelle: SPD Berlin

HAUPTSTADTSCHUTZ FÜR BERLIN



Quelle: SPD Berlin/Nils Hasenau

Von **Steffen Krach**

Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin für die SPD

Die Anschläge auf unser Stromnetz in Treptow-Köpenick und in Steglitz-Zehlendorf haben es deutlich gemacht: Berlin steht ganz besonders im Visier von Kräften, die nicht nur unsere Stadt, sondern unser ganzes Land und unsere Gesellschaft treffen wollen. Wie man in solchen Krisensituationen reagiert, haben Bezirksbürgermeister Oliver Igel und sein Rathaus-Team mit schnellem Einsatz vorbildlich gezeigt. Dass der Regierende Bürgermeister Kai Wegner in beiden Fällen seiner Rolle nicht gerecht wurde, ist hinlänglich bekannt. Wer aber auch keinen Einsatz zeigte, war Bundesinnenminister Alexander Dobrindt. Weder im Südosten, noch im Südwesten ließ er sich blicken, dabei brauchen wir beim Schutz Berlins eine engere

Zusammenarbeit zwischen Land und Bund.

Die Gefahrenlagen haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verschärft, wir erleben zunehmend Angriffe von Innen und Außen. Täglich sind unsere Unternehmen, Behörden oder wissenschaftliche Einrichtungen auch tausenden von Cyberattacken ausgesetzt. Wenn einer von Europas größten Technologieparks und zigtausende Haushalte, Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen angegriffen werden, ist das kein Zufall. Man muss es so deutlich sagen: Jeder Anschlag auf Berlin ist ein Anschlag auf die deutsche Hauptstadt. Man will das politische Zentrum treffen.

Deswegen benötigt Berlin einen Hauptstadtschutz. Hier müssen Land und Bund an einem Strang ziehen, das ist eine nationale Aufgabe. Das gilt für den Schutz kritischer Infrastruktur, für die Prävention und Bewältigung von

Angriffen und für die Verfolgung derjenigen, die uns angreifen. Natürlich muss Berlin seinen Anteil dafür leisten. Wir sichern neuralegische Punkte der Stromnetze mit Videoüberwachung und zusätzlichen baulichen Maßnahmen ab, investieren konsequent in den Ausbau von Stromleitungen, und stärken die Krisenbewältigungsfähigkeit in den Bezirken.

Mein Ziel ist es auch, einen Landessicherheitsrat zu schaffen - analog zum Nationalen Sicherheitsrat der Bundesregierung. Damit können wir uns strategischer auf Krisenfälle vorbereiten, unsere Handlungsfähigkeit verbessern und nicht zuletzt unsere Struktur stärker mit dem Bund verzahnen. Das ist wichtig, damit innerhalb der Landes- und Bezirksebenen sofort ein Rad in das andere greift und die Zusammenarbeit mit dem Bund einwandfrei klappt.

EIN BERLIN FÜR KINDER

Von **Steffen Krach**

Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin für die SPD

Alle Kinder in unserer Stadt müssen gut aufwachsen können und gleiche Chancen haben. Dafür arbeite ich und will, dass Berlin die Bedarfe von Familien, vom Neugeborenen bis zu den Großeltern, besonders im Blick hat. In unserer Stadt gibt es verschiedene Lebensentwürfe und verschiedene Familienkonzepte, ob Alleinerziehende, Patchworkfamilien, Mann und Frau, queere Familien, kleine oder große. Sie alle sollen sich hier wohl fühlen – die Singles natürlich auch! Der Schutz von Kindern ist mir dabei besonders wichtig. Drei konkrete Beispiele, wie ich das angehen will.

Erstens: Ich halte die Rückkehr zu Tempo 50 in der Nähe von Schu-

len und Kitas für völlig falsch. Niemals darf Schnelligkeit wichtiger sein als die Sicherheit der Kinder. Ich werde dafür sorgen, dass sich unsere Kinder in und vor den Schulen und Kitas sicher fühlen. Paris macht es vor: Schulstraßen werden für den Durchgangsverkehr gesperrt, zu Fußgängerzonen oder kleinen Parks umgewandelt. Das Wohl der Kinder geht vor und das will ich auch in Berlin umsetzen.

Zweitens: Unsere Spielplätze müssen sauber und sicher sein. Mehr als 1.800 gibt es davon in ganz Berlin, zuständig für Reinigung und Erhalt sind die Bezirke. Wir wollen, dass die besonders belasteten und stark frequentierten von der BSR gereinigt werden. 135 sind bereits in der Zuständigkeit der Frauen und Männer in Orange und diese Zahl soll weiter steigen. So entlasten wir die Bezirke, damit

sie die Reinigung besser bewältigen und sich auf Erhalt und Sanierung von Spielplätzen konzentrieren können.

Drittens: Wir müssen Kindern schon früh beibringen, wie wir miteinander umgehen, wie wir in diesem Land zusammenleben wollen und was uns als Demokratie ausmacht. Deswegen muss aus meiner Sicht Demokratie- und Empathie-Bildung im Schulunterricht fest verankert werden. Damit sich die Kinder auf das Lernen und aufeinander fokussieren können, sage ich auch ganz klar und deutlich: Handyverbot in der Grundschule, im Unterricht und Pausenhof. Die Psyche unserer Kleinsten braucht Raum zum Wachsen. Zu ihrem Schutz will ich eine Regelung für ganz Berlin.

Baustellen – eine „jute Sache“, wenn ...

Von Sara Rüdiger
Kandidatin für Müggelheim, dem
Allende-Viertel und Wendenschloss
der SPD Treptow-Köpenick

Ich sage: Baustellen sind für sich genommen eine „jute Sache“. Denn sie zeigen: Es passiert was. Es wird gebaut, saniert, erneuert. Stillstand wäre hingegen eine schlechte Nachricht. Aber genauso klar ist: Bauzäune, Umleitungen und Sperrungen in Endlosschleife beeinträchtigen nicht nur die gute Laune, sondern können ein echtes Problem darstellen.

Das Problem ist aber nicht die Baustelle an sich. Das Problem ist das Gefühl, dass nichts vorangeht. Wochenlang ist abgesperrt, es gibt Lärm, Stau und Umwege – aber keine klare Information dazu, was eigentlich passiert, warum es hakt und wann es weitergeht. Niemand sitzt vor einer Baustelle und verfolgt jeden Bauabschnitt wie eine Netflix-Serie. Die meisten sehen nur: wieder dicht, wieder Chaos, wieder keine Antwort. Und genau dann kippt die Stimmung.

Deshalb sage ich: Eine verständliche Baustellenübersicht für den Bezirk ist machbar – und zwar so-

fort. Die Daten gibt es längst, sie liegen nur verstreut bei verschiedenen Stellen. Umso absurder ist es, dass digitale Systeme eingekauft werden, aber keine vernünftige Übersicht zustande kommt. Was fehlt, ist nicht die Technik. Was fehlt, ist die Umsetzung.

Diese Übersicht müsste regelmäßig aktualisiert, verständlich formuliert und leicht zugänglich sein – online und als Info zum Mitnehmen. Die Menschen auf einen Blick sehen und verstehen können: Was war geplant? Was ist erledigt? Wo gibt es Verzögerungen? Und wann geht es weiter?

Dazu braucht es feste Routinen für Updates, Nachfragen und Antworten. Nicht jede Verzögerung ist vermeidbar. Aber man kann erklären, woran es liegt, wie der neue Zeitplan aussieht und wer verantwortlich ist. Genau diese Offenheit fehlt viel zu oft.

Außerdem muss auch vor Ort an jeder größeren Baustelle sichtbar sein, was dort entsteht, was schon geschafft ist und was als Nächstes passiert. Wer monatelang an Bauzäunen und Sperrungen vorbeiläuft, hat ein Recht darauf zu wissen, wofür das eigentlich gut sein soll.

Und noch etwas: Öffentlicher Raum ist knapp und er gehört allen. Baustellenflächen müssen deshalb konsequent begrenzt werden. Sondernutzungen wie Container, Gerüste oder Materiallager dürfen nicht einfach auf unbestimmte Zeit hingeworfen werden. Verlängerungen darf es nur geben, wenn sie begründet sind und echter Baufortschritt sichtbar ist.

Gerade private Baustellenbetreiber müssen härter in die Verantwortung genommen werden. Es kann nicht sein, dass öffentliche Flächen monatelang blockiert werden, ohne dass erkennbar gearbeitet wird. Wer öffentlichen Raum privat beansprucht, muss entweder bauen oder zahlen – mit höheren Sondernutzungsgebühren und dort, wo es rechtlich möglich ist, auch mit Zwangsgeldern.

Mein Ziel ist einfach: weniger Chaos, mehr Verlässlichkeit und mehr Rücksicht im Alltag, damit der Bezirk zeigt, dass er bauen kann, ohne die Menschen dabei allein zu lassen. Und zwar so, dass Fortschritt sichtbar wird und Belastungen spürbar begrenzt bleiben.



Quelle: Manuel Dyx

WOHNEN SICHERN, VERDRÄNGUNG STOPPEN:

Wohnraumsicherungsgesetz

Von Lars Dusterhöft
Abgeordneter für Johannisthal,
Ober- und Niederschöneweide

Wer in Berlin eine Wohnung sucht oder Angst hat, seine zu verlieren, weiß: Der Wohnungsmarkt ist längst aus dem Gleichgewicht geraten. Mieten steigen, Umwandlungen im Eigentum nehmen zu, und Mieterinnen und Mieter fühlen sich nicht mehr sicher.

Genau hier setzt das neue Wohnraumsicherungsgesetz an: Die Idee dahinter ist einfach: Wohnraum soll in erster Linie zum Wohnen da sein – nicht als Spekulationsobjekt. Das Gesetz bündelt Instrumente, die bisher nebeneinander standen und stärkt die Möglichkeiten des Landes und der Bezirke, einzugreifen, wenn Wohnraum zweckentfremdet wird oder Menschen verdrängt werden.

Konkret geht es um drei Dinge:
Erstens: Mehr Schutz vor Zweckentfremdung. Wohnungen sollen nicht dauerhaft leer stehen oder als Ferienwohnungen genutzt werden, während gleichzeitig Familien verzweifelt suchen.

Zweitens: Stärkere Eingriffsmöglichkeiten bei problematischen Eigentumsstrukturen. Wenn Wohnraum systematisch vernachlässigt oder entzogen wird, muss der Staat

handlungsfähig sein – notfalls auch mit klaren Auflagen.

Drittens: Mehr Transparenz und bessere Durchsetzung. Gesetze helfen nur, wenn sie auch angewendet werden können. Deshalb sollen Bezirke mehr Möglichkeiten bekommen, Verstöße zu verfolgen.

Das ist keine Symbolpolitik. Es geht um die Nöte vieler Menschen. Auch bei uns im Bezirk sehen wir, was passiert, wenn der Wohnungsmarkt nicht funktioniert: Familien finden keine größere Wohnung, Ältere keine kleinere, und junge Leute finden keinen Zugang. Gleichzeitig stehen Wohnungen leer oder werden anders genutzt.

Das Wohnraumsicherungsgesetz ist ein wichtiger Schritt – aber eben nur ein Schritt.

Wir brauchen weiterhin mehr Neubau, vor allem im bezahlbaren Segment, eine klare Begrenzung von Mieten und starke kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen.

Ich werde das Thema im Wahlkreis weiter begleiten – auch ganz konkret vor Ort. Wenn Wohnraum leer steht, zweckentfremdet wird oder Menschen Probleme mit ihrem Vermieter haben, brauchen sie Ansprechpartner und Unterstützung.

Stadtentwicklung, Verkehr, Ordnung und Baustellen

Bauen, Wachsen, Wohnen - Treptow-Köpenick steht vor großen Aufgaben. Damit Fortschritt gelingt, braucht es Transparenz bei Baustellen, soziale Stadtentwicklung und wirksamen Mieterschutz. So bleibt unser Bezirk lebenswert und bezahlbar für alle.

BEZAHLBARES WOHNEN UND STARKE KIEZE.

Stadtentwicklung mit Augenmaß

Von Julia Dittmar
Spitzenkandidatin für das Abgeordnetenhaus für Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick wächst. Viele Menschen ziehen hierhin, weil sie die Mischung aus Wasser, Grün und gewachsenen Kiezen schätzen. Gleichzeitig merken viele, wie sich der Wohnungsmarkt verändert hat. Wohnungen sind schwerer zu finden, Mieten steigen, und für Familien, Auszubildende oder ältere Menschen wird es zunehmend schwierig, eine passende und bezahlbare Wohnung zu bekommen.

Stadtentwicklung hat deshalb eine klare Aufgabe: Sie muss dafür sorgen, dass unser Bezirk lebenswert und bezahlbar bleibt – auch für diejenigen, die schon lange hier wohnen.

Unser Bezirk steht vor der Aufgabe, neuen Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig den Charakter gewachsener Kieze zu bewahren.

Dabei ist eines entscheidend: Es kommt nicht nur darauf an, dass gebaut wird, sondern vor allem wie.

Neue Quartiere müssen so geplant werden, dass sie von Anfang an gut funktionieren – mit Kitas, Schulen, medizinischer Versorgung, Grünflächen und einer guten Anbindung an Bus und Bahn. Das zeigt sich auch an mehreren großen Bauprojekten im Bezirk, in denen derzeit neue Wohngebiete entstehen.

Beispiele sind das Segelfliegerquartier in Johannisthal oder das geplante Quartier auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick. In beiden Projekten sollen jeweils rund 1.800 Wohnungen entstehen. Diese Vorhaben zeigen, wie stark sich unser Bezirk verändert – und damit auch, wie wichtig eine vorausschauende Planung ist, damit neben Wohnungen auch soziale Infrastruk-

tur, Nahversorgung und öffentliche Räume entstehen.

Gleichzeitig müssen bestehende Kieze geschützt werden. Viele Menschen leben bereits seit Jahren in ihrem Viertel, kennen ihre Nachbarschaft und prägen das Leben vor Ort. Dieses gewachsene Leben im Kiez darf nicht verloren gehen. Steigende Mieten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen aus ihrem Wohnumfeld verdrängt werden. Deshalb ist es wichtig, Mieterschutzinstrumente konsequent zu nutzen. Ein konkretes Angebot für Mieterinnen und Mieter ist die Berliner Mietpreisprüfstelle. Dort können Menschen prüfen lassen, ob ihre Miete den gesetzlichen Vorgaben entspricht und ob etwa die Mietpreisbremse eingehalten wird. Viele wissen nicht, welche Rechte sie haben oder ob eine Mieterhöhung zulässig ist. Solche Angebote sind wichtig, damit Mieterschutz nicht nur auf dem Papier steht, sondern im Alltag tatsächlich wirkt.

Kommunale Wohnungsunternehmen spielen dabei eine ebenso wichtige Rolle. Sie halten den Wohnungsmarkt stabil, sichern langfristig bezahlbare Wohnungen und sorgen dafür, dass Stadtentwicklung sozial gesteuert werden kann.

Treptow-Köpenick wird weiterwachsen. Entscheidend ist, dass neue Wohnungen entstehen, ohne dass das verloren geht, was unseren Bezirk ausmacht: lebendige Nachbarschaften und lebenswerte Kieze.



Quelle: Laura Lecher



Quelle: Adobe Stock

SCHAUT AUF DIESE STADT... (TEIL 1)

Wir alle erhalten zu viel negative Nachrichten. Wenden wir uns daher der Berliner Wirtschaft zu: Deutschland ist 2025 erneut die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt mit über 5000 Milliarden Dollar BIP. Die Wirtschaft wuchs insgesamt um 0,2 Prozent. Berlin liegt seit 12 Jahren immer über dem Bundesdurchschnitt. 2024 beispielsweise lag das Wachstum bei 0,8 Prozent in Berlin (Bund im Vergleich -0,5%). Erfreulich ist auch, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg (2024: 1,7 Mio.). Das spricht sehr für die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik.

Gerade bei uns in Treptow-Köpenick haben wir viele Wirtschaftsmotoren. Zum Beispiel WISTA, das größte Technologiecluster Deutschlands, oder den Innovationspark Wuhlheide. Beide Orte verdeutlichen: Vielfalt ist für unseren Standort ein Schlüsselfaktor. Auch wichtig: unsere gute Anbindung an den BER. 2025 gab es 619 Neugründungen in Berlin. Alle 14 Stunden entsteht ein Start-up bei uns. Berlin hatte 2025 mit Abstand die meisten Finanzierungsrunden in Deutschland: 218 Deals – das sind 70 mehr als in Bayern. Fin Tech, Health Tech, Green Tech, Deep Tech, Games oder KI: Wir sind vorne dabei! Das Berliner Ökosystem ist groß, vielfältig und dezentral organisiert.

Die Kreativwirtschaft ist ebenfalls ein Motor für unsere Stadt. Etwa 30 Millionen Übernachtungen jährlich 2025 sind zu einem großen Teil auch auf die Kultur- und Kreativszene zurückzuführen.

Quelle: Abgeordnetenbüro von Dunja Wolff



ren. In Zahlen aus 2023 heißt das: 224.800 tourismusnahe Jobs entsprechen 10,3 Prozent aller Erwerbstätigen. Die Kreativ- und Digitalwirtschaft umfasst beinahe eine Viertelmillion sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und generierte circa 56 Milliarden Euro Umsatz und damit fast 15 Prozent der Gesamtwirtschaft. Zwei große Bereiche sind hier besonders zu nennen: Software/Games sowie Design. Beide machen je fast ein Drittel des Umsatzes dieser Branche aus. Das sind positive Nachrichten – für Deutschland, für Berlin und für unseren Bezirk Treptow-Köpenick. Mehr in Teil 2...

Von Dunja Wolff

Abgeordnete für Friedrichshagen, Rahnsdorf, Hessenwinkel und Wilhelmshagen

Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus: Berlin ist eine Wirtschaftsgröße – auch dank Treptow-Köpenick! Die Verbindung von Wissenschaft, Forschung und Gründungsförderung hat unsere Wirtschaft vorangebracht. Wir wollen dafür gute Rahmenbedingungen schaffen und die, die den Laden am Laufen halten, unterstützen.



Quelle: Oliver Igel

Schönevide zum High-Tech-Campus für junge technologieorientierte Unternehmen in enger Verbindung mit Wissenschaft und Forschung. Wir setzen uns konsequent für die vollständige Ansiedlung der Hochschule an diesem Standort ein und unterstützen das Projekt „Grün-Blauer-Campus“ – die klimaresiliente und hochwertige Gestaltung der Flächen rund um die Wilhelminenhofstraße.

Aber auch die beste Idee verändert die Welt nicht, wenn sie im Labor bleibt. Deshalb stärken wir den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft über den Austausch zwischen Wissenschaftler:innen und Bürger:innen beispielsweise über die Lange Nacht der Wissenschaften und Dialogformaten. Dazu vereinfachen wir Ausgründungen und beraten Gründer:innen. Wir schaffen moderne Studienbedingungen über den Ausbau bezahlbaren Wohnraums, ein gebührenfreies Studium und flexible Studienangebote. Wir schaffen gute und verlässliche Beschäftigungsperspektiven, um hochkarätiges Hochschul- und Wissenschaftspersonal gewinnen und zu halten. Gleichzeitig unterstützen wir den freien Bildungszugang und fördern Aufstiegs- und Karrierechancen.

Von Ellen Haußdörfer

Kandidatin für das Berliner Abgeordnetenhaus für Altglienicke und Bohnsdorf

Made in Treptow-Köpenick: Exzellenz, Kooperation und Nachhaltigkeit

Treptow-Köpenick hat sich unter sozialdemokratischer Verantwortung zu einem starken Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort in der Metropolregion Berlin-Brandenburg entwickelt. Wissenschaft macht Berlin zum Motor für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg. Dies gilt es abzusichern und auszubauen durch Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft, Forschung und lokaler Wirtschaft. Wir setzen weiter auf den Weg der institutionsübergreifenden Kooperation.

Der Zukunftsort Berlin Adlershof Wista mit dem Technologiepark, der Wissenschaftsstadt sowie den

Studien- und Forschungseinrichtungen der Humboldt-Universität zu Berlin und weiteren Instituten zählt seit Jahren zu einem der größten Wissenschafts- und Technologiestandorten Europas. Um weiterhin beste Forschungsbedingungen zu garantieren, unterstützen wir den Neubau BESSY III. Hier werden bereits bei BESSY II High-Tech-Materialien erforscht, aber moderne Forschung benötigt Flächen, deshalb sorgen wir für angemessene Ersatzangebote.

Oberschönevide entwickelt sich mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft und dem Technologie- und Gründerzentrum

VON ADLERSHOF IN DEN WELTRAUM

WEITERENTWICKLUNG, UM WELTWEIT FÜHREND ZU BLEIBEN

Deutschlands größten Wirtschafts- und Technologiepark – die Wista Adlershof – in unserem Bezirk Treptow-Köpenick wachsen zu sehen, ist Ergebnis richtiger politischer Entscheidungen aus den neunziger Jahren. Der Technologiepark ist längst über sich hinausgewachsen und erweitert sich in Richtung Johannisthal. Der Bezirk profitiert davon – hier wird geforscht, gelehrt, entwickelt und produziert. Das eröffnet Arbeitsplatzchancen in allen Bereichen. Wer „Adlershof“ in seinem Werdegang vorweisen kann, ist international anerkannt.

Die SPD Treptow-Köpenick unterstützt die Weiterentwicklung des Standorts. Wir fördern Wissenschaft und Forschung und unterstützen Unternehmen bei der Ansiedlung. Allein in den letzten Monaten sind Meilensteine gelungen: Berlin Space Technologies eröffnete im Februar 2026 die erste Ausbaustufe seiner Satellitenfabrik, die künftig bis zu 200 Satelliten jährlich produzieren soll. „Hier wird Zukunftstechnologie entwickelt, die weit über Berlin hinaus Bedeutung hat – für industrielle Wertschöpfung, hochqualifizierte Arbeitsplätze und für die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit unseres Landes“, betonte ich vor Ort. „Dass ein international führendes Raumfahrtunterneh-



Quelle: Adobe Stock

men gezielt in unseren Bezirk investiert, zeigt, welches Potenzial dieser Standort bietet.“

Sicherheit, Kommunikation, Navigation und Klimaschutz – die Anwendungen von Satelliten sind vielfältig. Die Firma Vectronic ist seit mehr als 25 Jahren in Adlershof in der Weltraumtechnologie unterwegs. Hochspezialisierte Lösungen an der Schnittstelle von Raumfahrttechnik und Umweltmonitoring sind ihr Metier – und das Unternehmen erweitert sich ab diesem Jahr mit einem Neubau.

Aus den weiteren Vorhaben ragt die Neubauplanung für Bessy III heraus. Bessy ist eine Speicherquelle für weiche Röntgenstrahlung und für Energieforschung, aber auch in der Medizin eine wichtige Forschungsquelle. Jüngst wurden Fortschritte bei der Forschung für antivirale Medikamente durch Bessy II ermöglicht. Wir unterstützen den Neubau, um auch hier weltweit führend zu bleiben.

Von Oliver Igel

Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick

VOM WASSER AUS BERLIN ENTDECKEN

UNSER BEZIRK WIRD BEI TOURISTEN IMMER BELIEBTER

Etwa 200 Euro lässt jeder Tourist pro Tag in Berlin: für Unterkunft, Restaurants- und Museumsbesuche oder beim Shopping. Damit finanziert der Tourismus eine Vielzahl von Jobs in der Hauptstadt. 29,4 Millionen Übernachtungen zählten die Berliner Hotels im Jahr 2025 – getragen größtenteils durch Inlandstouristen auf Erkundungstour durch ihre Hauptstadt. Internationale Besucherinnen und Besucher kamen aus den TOP-3-Staaten USA, Großbritannien und Frankreich. Während die Übernachtungszahlen berlinweit leicht zurückgegangen sind, konnte Treptow-Köpenick profitieren und steigende Besucherzahlen verzeichnen. Neue Hotels wurden eröffnet, die Nähe zum Flughafen und das „andere“ Berlin – das alles führt zur Beliebtheit unseres Bezirks bei Touristinnen und Touristen. Eine große Chance für Treptow-Köpenicks Tourismus liegt in dem nahezu 50%igen Anteil der Übernachtungsgäste aus Deutschland, die zumeist häufiger kommen, um verschiedene Berliner Orte zu erleben.

Unser Bezirk zeigt sich dabei von seiner vielfältigen Seite: durch Naturerlebnisse vor allem auf dem Wasser, in Parks sowie Wäldern, oder durch seine geschichtsträchtigen Orte in der Altstadt Köpenick und die Wegmarken der Berliner

Teilung. Berlins ältester bezirklicher Tourismusverein – der Tourismusverein Treptow-Köpenick – vermarktet seit 35 Jahren erfolgreich den Berliner Südosten. Mit innovativen Ideen für den Fahrrad- und den Wassertourismus. Damit die Lebensqualität der hier lebenden Menschen nicht leidet, hat der Tourismusverein ein berlinweites Projekt zu Akzeptanz im Wassertourismus erarbeitet: Verkehrsregeln einhalten, Lärm und Müll vermeiden: das sind die Ziele, um Einheimischen und Gästen ein gutes Miteinander und positive Erlebnisse zu bieten. Am Ende sollen alle profitieren – von schönen Tagen in Berlin und einem guten Umsatz für Unternehmen der Tourismusbranche.

Von Oliver Igel

Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick



Quelle: Oliver Igel

Warten, bis der Arzt kommt: Gesundheitsversorgung in Treptow-Köpenick

Was wir tun müssen, um Treptow-Köpenick für eine bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung gut aufzustellen.

Von Alexander Freier Winterwerb
Abgeordneter für Alt-Treptow,
Plänterwald und Baumschulenweg

Ob jung oder alt; Familien oder Alleinstehende: Eine gute Gesundheitsversorgung betrifft uns alle. So unterschiedlich die Bedarfe sind, umso wichtiger ist, dass die grundlegenden Angebote unseres Gesundheitssystems — ambulante, stationäre, präventive, psychische sowie pflegerische — gut ineinandergreifen und für alle verfügbar sind. Als wachsender Bezirk steht Treptow-Köpenick dabei vor besonderen Herausforderungen. Gesundheitsversorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wie können wir das Versprechen einlösen, die bestmögliche medizini-

nische Versorgung für alle zugänglich zu machen — unabhängig von Geschlecht, Einkommen und Alter?

Der Erfolg des Gesundheitssystems fußte in den vergangenen Jahren maßgeblich auf dem Solidarprinzip; das Modell der gesetzlichen Krankenversicherung bildet seine wichtigste Säule und genießt großes Vertrauen in der Bevölkerung. Zugleich stellt sich die Frage, wie unser Gesundheitssystem reformiert werden kann. Angesichts hoher Defizite der Krankenkassen mit drohenden Beitragserhöhungen oder Leistungskürzungen, muss klar sein: Reformen im Gesundheitsbereich müssen sozial verträglich sein und dürfen das Vertrauen in ein solidarisches Gesundheitssystem für alle nicht erschüttern.

Während der Bund für Reformen der Krankenkassen zuständig ist, liegt es in der Verantwortung von Land und Bezirk, die medizinische

Versorgung vor Ort sicherzustellen. Wer heute einen neuen Hausarzt finden möchte oder auf einen dringenden Facharzttermin angewiesen ist, braucht oft Geduld. Ältere stehen vor der Herausforderung, eine nahegelegene und barrierefreie Praxis zu erreichen. In wachsenden Gebieten fehlt es Familien häufig an Kinderärztinnen und -ärzten. Dies zeigt nur zu gut, dass die gesundheitliche Versorgung in neuen Wohnquartieren frühzeitig mitgedacht werden muss. Dort wo Unterversorgung herrscht, muss der Bezirk in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung tätig werden, um eine wohnortnahe Verteilung der Praxen sicherzustellen.

Als ehemaliger Stadtrat für Gesundheit und Jugend in Treptow-Köpenick kenne ich die Probleme vor Ort. In vielen Altersgruppen haben psychische Belastungen zugenommen; Einsamkeit ist heute zu einer ernstzunehmenden ge-



Quelle: Abgeordnetenbüro von Alexander Freier Winterwerb

sellschaftlichen Frage geworden, die wir mit mehr, statt weniger, Begegnungsräumen in der Nachbarschaft beantworten müssen.

**Unser
Wahlprogramm
für
Treptow-Köpenick
finden Sie hier:**



Schule ist mehr als Unterricht

**WARUM GUTE SCHULEN RAUM ZUM LERNEN,
AUSPROBIEREN UND MITREDEN BRAUCHEN.**

Von Julia Dittmar
Spitzenkandidatin für das Berliner
Abgeordnetenhaus der SPD
Treptow-Köpenick

In vielen Schulen in Treptow-Köpenick passiert heute schon mehr als Unterricht. Engagierte Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und Kooperationen mit Jugendclubs, Sportvereinen oder Kulturprojekten sorgen dafür, dass Schule mehr ist als ein Ort für Unterricht. Darauf können wir im Bezirk aufbauen.

Kinder brauchen eben nicht nur Zeit zum Lernen, sondern auch Raum, um Interessen zu entdecken, Freundschaften zu pflegen und Unterstützung zu bekommen, wenn etwas nicht rund läuft. Gerade die Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen spielen dabei eine wichtige Rolle. Hier lernen Kinder nach der 6. Klasse gemeinsam weiter und können alle Schulabschlüsse erreichen. Das ist eine große Chance, weil Kinder sich unterschiedlich schnell entwickeln. Gleichzeitig leisten diese Schulen viel – etwa bei Inklusion, Sprachförderung und Berufsorientierung – und verdienen dafür gute Unterstützung.

Dazu gehört auch, Talente früher zu entdecken. Mehr Fremdsprachenangebote, Musikprofile oder gezielte Sprachförderung können helfen, Stärken sichtbar zu machen. Ebenso wichtig ist der Blick in die Praxis: Wenn Schüler:innen schon während der Schulzeit Praktika machen, lernen sie Berufe kennen und finden leichter heraus, was ihnen liegt. Kooperationen mit

Unternehmen aus dem Bezirk können hier viel bewegen.

Ganztag ist dabei eine echte Chance. Wenn Schule gut organisiert ist, wird sie zum Lern- und Lebensort. Angebote mit Vereinen, Jugendfreizeiteinrichtungen oder Bibliotheken erweitern den Blick über den Unterricht hinaus. Gute Beispiele gibt es bereits, etwa die Zusammenarbeit der Heide-Grundschule mit dem Grimau-Club.

Damit Schulen diese Aufgaben erfüllen können, brauchen sie gute Rahmenbedingungen. Neubauten, Sanierungen und moderne Ausstattung sind wichtige Investitionen in die Zukunft. Klassenräume und Schulhöfe müssen Orte sein, an denen Lernen gut möglich ist und an denen sich Kinder und Jugendliche gerne aufhalten.

Schule ist auch der Ort, an dem Demokratie gelernt wird. Kinder und Jugendliche müssen erleben, dass ihre Meinung zählt. Beteiligung in der Schule, Projekte zur politischen Bildung oder das Kinder- und Jugendparlament im Bezirk können dafür wichtige Räume schaffen.

Und ganz praktisch gehört dazu auch: sichere Schulwege, barrierefreie Gebäude und gut ausgestattete Schulhöfe. Wenn Kinder sich wohlfühlen und sicher unterwegs sind, lernen sie leichter.

Gute Schulen erkennt man daran, dass Kinder dort ihren Platz finden – mit ihren Stärken, Fragen und unterschiedlichen Wegen. Daran wollen wir im Bezirk weiterarbeiten: gemeinsam mit Schulen, Eltern und den Partnern im Kiez.

Sport, Jugend, Gesundheit und Bildung

Sport, Jugend, Gesundheit und Bildung machen Treptow-Köpenick stark. Gute Angebote, starke Schulen und verlässliche Gesundheitsversorgung schaffen Chancen für alle. Wir wollen gute Rahmenbedingungen schaffen und die unterstützen, die sich täglich für junge Menschen einsetzen.

Der doppelte Teufelskreis in der Jugendpolitik

Von Paul Bahlmann
Kandidat für Oberschöneweide,
Dammvorstadt, Hirschgarten und
Altstadt Köpenick

Wenn es zu Hause zu klein oder zu laut ist, wenn man Raum braucht, wohin geht man dann als Jugendlicher? Oder wenn die Familie kein Schutzraum ist, sondern eine Bedrohung? Dann braucht es dringend Anlaufpunkte. Orte, die allen Jugendlichen offenstehen, Begegnung und Schutz bieten. Jugendfreizeiteinrichtungen mit ihren vielfältigen Angeboten sind solche Orte und sie werden dringend gebraucht.

Alle Zahlen belegen: Die Krisen der letzten Jahre wirken massiv auf junge Menschen. Besonders stark belastet sind Kinder aus Familien mit wenig Geld. 25 % aller Schüler:innen geben an, mit mentalen Problemen zu kämpfen. Ein Höchststand.

Jugendeinrichtungen stehen unter Druck

Trotz dieser Bedarfslage stehen

Jugendclubs derzeit unter Druck. Ihre Finanzstruktur ist prekär und sie konkurrieren mit anderen Angeboten. Vor allem mit den sogenannten „Hilfen zur Erziehung“ (HZE). Das sind direkte Hilfen, auf die Kinder und Jugendliche einen Rechtsanspruch haben, zum Beispiel bei massiver Gewalterfahrung in der Familie. Hier besteht ein gesellschaftlicher Schutzauftrag. In diesem Bereich steigen die Kosten. Weil auch hier die Bedarfe steigen: wegen der gleichen Belastungen.

Aber in der Jugendfinanzierung ist es so, dass „Hilfen zur Erziehung“ wegen des Rechtsanspruchs finanziert werden müssen. Für Jugendfreizeiteinrichtungen bleibt der Rest. So entsteht eine paradoxe Situation: Wir können uns die präventive Arbeit in Jugendeinrichtungen nicht mehr leisten, weil die Notfallhilfe zu teuer wird. Ein doppelter Teufelskreis: Ein Abbau von Jugendangeboten durch mehr Fälle von Notfallhilfe. Damit steigen die Kosten der Notfallhil-

fe. Das führt zu einem Abbau von Jugendangeboten. Weniger Jugendangebote heute führen zu weniger Mitteln für Jugendangebote in der Zukunft.

Wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben. In den letzten Jahren wurden einige Schutzmechanismen eingeführt. Aber die Konkurrenz zwischen „Hilfen zur Erziehung“ und bezirklichen Jugendfreizeitangeboten muss beendet werden. Gleichzeitig müssen Jugendfreizeiteinrichtungen im Inneren gesichert werden. Es braucht sichere Arbeitsbedingungen. Wenn Sozialarbeiter:innen alle zwei Jahre um ihre Jobs bangen, können sie keine langfristig präventive Arbeit leisten. Gleiches gilt für Tarifabschlüsse: In Zeiten steigender Preise muss das Gehalt von Fachkräften entsprechend der Tarifabschlüsse steigen. Sonst wandern sie ab.

Jugendarbeit ist Arbeit für unsere gemeinsame Zukunft! Hier müssen wir handeln – sofort.



Bau der Gemeinschaftsschule in Adlershof

Quelle: Paul Bahlmann



Quelle: Ellen Haußdörfer

In Unsicherheit Vertrauen gewinnen

KRIENMANAGEMENT IST LEBENSNOTWENDIG UND ZU WENIG IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Von **Oliver Igel**
Bezirksbürgermeister von
Treptow-Köpenick

Wenn das Licht ausfällt, die elektrisch betriebene Jalousie sich nicht mehr bewegt, der Kühlschrank immer wärmer wird – dann kann es sich ganz plötzlich um einen großflächigen Stromausfall handeln – einer, der dauern kann. Was 2019 noch menschliches Versagen auf einer Baustelle in Köpenick war, wird nun als Waffe des Terrorismus genutzt: Angriffe auf unsere Infrastruktur, die unser Alltagsleben aus dem Takt bringen sollen. Nach den Taten in Johannisthal im September 2025 und in Zehlendorf im Januar 2026 kann es niemand mehr ignorieren: diese Gefahren sind da. Die Täter müssen gefasst und hart bestraft werden – das ist und bleibt aber nur eine Aufgabe. Wir müssen die Auswirkungen solcher Taten so gering wie möglich halten. Die Strominfrastruktur ist nicht die einzige, die für unseren Alltag entscheidend ist: Wasser und Abwasser sowie die Wärmeversorgung und Telekommunikation gehören ebenso dazu.

In diesen Momenten wollen wir nicht allein sein. In Treptow-Köpenick hat bereits nach dem Stromausfall 2019 der Katastrophen- und Bevölkerungsschutz einen deutlich höheren Stellenwert bekommen. Die Menschen in unserer Stadt müssen darauf vertrauen können, dass Krisen gut gemanagt



Quelle: Oliver Igel

werden – dazu gehört die Hilfe für alle, die sich nicht selbst helfen können und vor allem: Informationen. In den vergangenen Jahren haben wir unsere Strukturen und Abläufe für die Bewältigung von Krisen ausgebaut – weil wir wissen, dass sie nicht täglich, aber im entscheidenden Moment gebraucht werden. Die Strukturen ständig zu stärken, Geld und Personal dafür aufzuwenden, wird selten in der Öffentlichkeit begrüßt. Da sind andere Themen stärker im Fokus und mit Protesten versehen, wenn

nicht genug Geld da ist. Wenn aber im Einsatzfall der Katastrophen- und Bevölkerungsschutz nicht ausreichend vorhanden, geschult und ausgestattet ist – dann merkt es jede und jeder.

Der Stromausfall in Zehlendorf Anfang des Jahres hat dies deutlich gezeigt und demonstriert, dass es gut war, in Treptow-Köpenick zuvor bereits andere Wege gegangen zu sein. Und es muss noch mehr verbessert werden. Die Bedrohungslage darf nicht ignoriert oder wegdiskutiert werden, sondern muss als

Fakt hingenommen und daraus ein Plan entwickelt werden, die Schäden so gering wie möglich halten. Dabei muss eines klar sein: Krise geht nur zusammen. Im Fall der Fälle gilt es nicht mit dem Finger auf andere zu zeigen und darauf zu warten, wer etwas tut, sondern es gilt, es in die eigene Hand zu nehmen und anzupacken. Verwaltung, Politik, Hilfsorganisationen, Krisenexperten haben in diesen Momenten ihre Aufgaben, die sie im besten Fall erprobt haben und routiniert angehen, aber die Menschen

brauchen unmittelbar die Zuwendung: Es ist die Stunde der Nachbarschaft. Fragen, ob Hilfe benötigt wird, und selbst sicherstellen, dass man sich vorbereitet hat: mit Vorräten oder sogar Strom aus einer autarken Solaranlage oder einem Elektroauto. Und: Informationen teilen.

Wir haben früh daraufgesetzt, digital und analog Informationen zu teilen. Ob Handzettel über die Wohnungsgesellschaften oder den WhatsApp-Kanal des Bevölkerungsschutzes Treptow-Köpenick: Beides ist wichtig, um Anlaufstellen zu veröffentlichen, Tipps zu geben, über ein Bürgertelefon Hilfenbedarfe aufzunehmen und Hilfen zu erfüllen. Künftig wird die digitale Information noch mehr gestärkt, etwa weil noch schneller Mobilfunkmasten mit Notstrom versorgt werden. Das soll es auch ermöglichen, dass von einer größeren Fläche Notrufe abgesetzt werden können. Insgesamt wird die Infrastruktur mit Notstrom von Unternehmen und anderen wichtigen Institutionen ausgebaut – auch um an mehr Stellen weiterarbeiten zu können und um Informationen weitergeben zu können. Die Zeiten mögen stürmisch und unsicher sein – damit müssen wir sicher umgehen können.

„Männer, die Hütte brennt!“

BEI GEWALT GEGEN FRAUEN BRAUCHT ES MEHR ALS GESETZE

Bei Gewalt gegen Frauen sagen viele Männer: „Niemals - ich bin nicht so.“ Das ist glaubhaft, aber reicht das?

Nein, das reicht aus meiner Sicht nicht. Nehmen wir mal ein anderes Beispiel: Die Freiwillige Feuerwehr gibt es nicht, weil alle im Ort Feuer legen. Auch hier sagt die große Mehrheit: „Ich war's nicht.“ Eine Feuerwehr entsteht, weil einige Brände auslösen – und weil alle wissen, dass am Ende das ganze Dorf in Gefahr gerät, wenn die Anständigen nur danebenstehen. Man macht mit, weil Verantwortung nicht erst dann beginnt, wenn die eigene Hütte brennt.

So ist es auch bei Gewalt gegen Frauen. Nicht jeder Mann ist Täter. Aber fast jede Frau kennt Angst, Grenzüberschreitung, Demütigung oder Gewalt. Und die größte Gefahr für Frauen lauert statistisch eben nicht nur im dunklen Park, sondern sehr oft im eigenen Zuhause, in Beziehungen, im direkten Umfeld. Genau deshalb müssen Männer im eigenen Umfeld zuhören, hinsehen und handeln. Nicht erst, wenn etwas eskaliert, sondern schon dann, wenn Frauen von Angst, Kontrolle, Erniedrigung oder Übergriffen erzählen.

Ich weiß, wovon ich spreche. Als Mädchen lernt man früh, sich zu schützen. Als Jugendliche erlebt man, wie Bilder von Mädchen geteilt und Grenzen missachtet werden. Und als Frau lernt man, wie schnell aus Abwertung Gewalt werden kann. Dahinter steckt oft

dieselbe Haltung: Besitzdenken. Die Vorstellung, über den Körper einer Frau verfügen, die Würde und die Freiheit einer Frau bestimmen zu dürfen. Dieses Besitzdenken zieht sich durch jede gesellschaftliche Schicht, durch jede Herkunft, durch jedes Milieu. Wer daraus ein „Ja, aber die Ausländer“ machen will, will nicht lösen, sondern nur vom Problem ablenken.

Deshalb brauchen wir politische Konsequenzen: verlässliche Jugendarbeit und Aufklärung, damit Jungen früh lernen, was Gleichstellung, Respekt und Grenzen bedeuten. Bessere Beleuchtung von Parks, Straßen und Angsträumen. Mehr Frauenhäuser und eine sichere Finanzierung von Schutz- und Beratungsangeboten. Und einen Staat, der digitale, sexualisierte und häusliche Gewalt endlich mit Konsequenz und Härte verfolgt.

Aber wir brauchen auch euch. Nicht als Angeklagte, sondern als Teil der Schutzmauer. Als Väter, Nachbarn, Kollegen, Freunde. Männer, die widersprechen, wenn Frauen abgewertet werden. Die nicht wegsehen. Die klar machen: Bis hierhin und nicht weiter. Anstand zeigt sich nicht daran, dass man selbst kein Feuer legt. Anstand zeigt sich daran, dass man losläuft, wenn es brennt. Und dass man bleibt, bis das Feuer aus ist.

Sara Rüdiger

Kandidatin für Wendenschloss, Müggelheim und Allende-Viertel

Sicherheit, Digitalisierung und Finanzen

Treptow-Köpenick wächst – Baustellen gehören dazu. Aber es geht besser: klare Infos, begrenzte Flächen, faire Regeln für alle. Wir sorgen für mehr Sauberkeit und weniger Müll im Kiez und stärken Rettungsdienste & Katastrophenschutz – inklusiv.



Quelle: Sara Rüdiger

Solide Haushaltspolitik heißt Investieren

Es sollte endlich Schluss sein mit kaputten und ekeligen Schultoiletten. Der Senat hat dafür 2016 die Schulbauoffensive gestartet und in den letzten 10 Jahren viele Mittel bereitgestellt. Treptow-Köpenick hat mit Oliver Igel als Bezirksbürgermeister hier einen Schwerpunkt gesetzt, diese Mittel intensiv genutzt und viele Schulen, Schultoiletten und Sporthallen saniert. Jedes Jahr werden Schulsanierungen abgeschlossen und neue begonnen. Nach und nach werden so die Schulen im Bezirk auf den neusten Stand gebracht.

Das ist dringend notwendig. Unser Bezirk wächst. Viele Familien mit Kindern ziehen hinzu. Es braucht gute Schulen. Bestandsgebäude können zwar erweitert werden, aber das stößt an bauliche Grenzen. Darum braucht es neue Schulen und hier ist viel passiert: Mit dem Gymnasium in Baum-schulenweg haben wir eine neue Schule im Bezirk eröffnet und mit der neuen Gemeinschaftsschule in Adlershof wird in unserem Bezirk eines der größten Schulneubauprojekte Berlins umgesetzt. Über 1000 Schüler:innen werden künftig an diesem brandneuen Schulstandort lernen. Von der ersten bis zur dreizehnten Klasse.

Bezirke brauchen Spielraum für Investitionsprogramme

Die Aufgaben werden nicht weniger. Berlin wächst. Es braucht Investitionen in die Zukunft. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat den finanziellen Spielraum für

Schulinvestitionen in den Bezirken in diesem Jahr zurückgefahren. Bei weiter gestiegenen Preisen heißt das: Es werden weniger Schulen saniert. Das ist fatal. Erstens ist es volkswirtschaftlich unsinnig: Bauaufträge des Staates sind immer Motor für Wirtschaftswachstum. Zweitens sind Investitionen in Bildung langfristig immer lohnend. Natürlich muss man regelmäßig hinterfragen, wie viele Schulplätze gebraucht werden. Aber das Versprechen: „Nicht jede Schule wird sofort, aber alle nach und nach saniert.“ muss gelten. Schüler:innen, Eltern und Lehrer:innen haben sich darauf verlassen, dass solche Zusagen gehalten werden.

Schulbauoffensive vorantreiben

In den letzten Jahren haben wir in vielen Grundschulen Engpässe erlebt. Erweiterungsbauten und Container waren an manchen Standorten notwendig, weil dort saniert wurde – aber auch weil die Kapazitäten nicht ausreichend waren. Diese größeren Grundschuljahrgänge werden in den nächsten Jahren an die weiterführenden Schulen wechseln. Es braucht nicht nur Raumkapazitäten, sondern auch gute Ausstattung in modernen Schulgebäuden. Dafür muss der nächste Senat die Weichen stellen.

Von Paul Bahlmann

Kandidat für Oberschöneweide, Dammvorstadt, Hirschgarten und Altstadt Köpenick

Für ein demokratisches Berlin für alle!

Politik muss direkt und nah dran sein, um Bewährtes zu sichern und Dinge dort zu verbessern, wo es nötig ist. Unser Ziel sind klare Ideen für Zusammenhalt und Teilhabe sowie ein demokratisches, gerechteres, vielfältiges und lebenswertes Berlin für alle.

Starke und lebendige Kieze bilden das Fundament, das unsere Metropole ausmacht und zusammenhält. Das gilt insbesondere in diesen Zeiten des städtischen

Wachstums. Junge Familien, Alleinerziehende und Menschen aus den verschiedensten Kulturen ziehen in unsere Metropole, stärken uns als Stadtgesellschaft und fordern eine Politik, die jeden Tag ein gutes Miteinander im Blick hat.

Wir wissen: Verantwortung und Solidarität beginnen in der direkten Nachbarschaft und auch damit, dass alle die gleichen Möglichkeiten haben, ihr Leben in der Gemeinschaft mitzugestalten. Wir unter-

stützen daher alle Angebote, die dieses Miteinander stärken, seien es Netzwerke oder Beratungsangebote.

Mit dieser Unterstützung stärken wir zugleich unsere Demokratie. Mehr denn je ist sie auf das aktive Mitwirken aller Berlinerinnen und Berliner angewiesen. Als SPD Treptow-Köpenick setzen wir uns mit Nachdruck für die Demokratieförderung und die Stärkung des bürgerschaftli-

chen Engagements ein, denn das Ehrenamt ist der Kitt unserer Gesellschaft. Und dafür braucht es mehr als den Willen des Einzelnen. Dafür braucht es eine soziale Infrastruktur, die Engagement möglich macht – überall in unserer Stadt. Und vor allen Dingen braucht es daher eine verlässliche Finanzierung dieser Strukturen!

Dafür werden wir uns stark machen, für Nachbarschaftsinitiativen und Stadtteilzentren und

andere Orte der Begegnung und des Austauschs, die für unser demokratisches Miteinander unverzichtbar sind. Nur zusammen lässt sich unser Bezirk zu einem besseren und lebenswerteren Ort gestalten. Eine glaubwürdige Politik für Demokratie setzt genau hier an.

Von Alexander Freier Winterwerb
Abgeordneter für Alt-Treptow,
Plänterwald und Baumschulenweg

Gleiche Chancen und Rechte in einer Stadt der Vielfalt

Berlin ist die Stadt der Vielfalt. Menschen aller Altersgruppen, Herkunft, Geschlechter und Lebensentwürfe leben hier Tür an Tür und machen die besondere Atmosphäre in unserer Stadt aus. Genau diese Vielfalt ist Anziehungspunkt für viele, die zu uns ziehen, um gemeinsam mit uns zu leben – ganz besonders auch in Treptow-Köpenick, einem der Zuzugsbezirke unserer Metropole.

Dieser Zuzug bedeutet für uns Reichtum und Herausforderung gleichermaßen. Wir wollen, dass alle Menschen gleiche Teilhaberechte und Chancen genießen – in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das gilt auch für alle Geschlechter. Eine verlässliche Gleichstellungspolitik braucht aus unserer Sicht einen klaren Rechtsrahmen und Strukturen, die eine Umsetzung sicherstellen. Deshalb wollen wir die Rechte der Frauen-

und Gleichstellungsbeauftragten stärken und uns gesamtstädtisch für ein Berliner Paritätsgesetz einsetzen.

Gleichstellungspolitik bedeutet für uns auch, die zu unterstützen, die unsere Unterstützung im Alltag brauchen. Dabei haben wir insbesondere Alleinerziehende im Fokus. Sie tragen hohe Verantwortung, sind oft finanziell stark belastet und müssen häufig alles allein organisieren. Wir unterstützen

Entlastungsangebote, stärken das Netzwerk für Alleinerziehende und bauen die Beratungsstruktur aus.

Ein Thema, das uns besonders bewegt, ist der Schutz von Frauen vor Gewalt. Gleichstellung und Sicherheit bedingen einander und müssen politisch Hand in Hand gehen! Deswegen werden wir Frauen- und Zufluchtsangebote stärken und die Informations- und Beratungsstrukturen ausbauen.

Auch die Reduzierung von ins-

besondere weiblicher Altersarmut haben wir im Blickpunkt - mit einem Maßnahmenkatalog, der schon im Erwerbsleben ansetzt. Wir als SPD fühlen uns einer konsequenten Gleichstellungspolitik in Berlin verpflichtet.

Von Ellen Hausdörfer
Kandidatin für das Berliner
Abgeordnetenhaus für
Altglienicke und Bohnsdorf

Die Ausbildungsplatzumlage kommt!

Die Lage ist seit vielen Jahre prekär. In Berlin fehlen, gemessen am Bundesdurchschnitt, jährlich über 25.000 Ausbildungsplätze. Jugendlichen wird so der Berufsstart erheblich erschwert. Viele Jahre hat die Berliner SPD für die Ausbildungsplatzumlage gekämpft. Nun führen wir sie gemeinsam mit der CDU ein.

Was ist das Dilemma? Viele Betriebe suchen händeringend Fachkräfte – gleichzeitig finden jedes Jahr zahlreiche Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Die Ausbildungsplatzumlage setzt genau hier an: Betriebe zahlen in einen gemeinsamen Fonds ein: Diejenigen, die ausbilden, werden hieraus unterstützt, wer nicht ausbildet, beteiligt sich. Das ist fair. Denn

Ausbildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe.

Wenn wir wollen, dass junge Menschen ihren Weg gehen, wenn wir Fachkräftenachwuchs wollen, müssen wir ihre Ausbildung sichern. Besonders kleine Unternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitenden profitieren. Sie müssen nicht einzahlen, können aber für

zusätzliche Ausbildungsplätze die Förderung erhalten.

Aber es geht nicht nur um Zahlen, sondern um die Lebenschancen junger Menschen. Die Ausbildungsplatzumlage ist ein wichtiger Schritt – für Auszubildende und die Wirtschaft.

Von Lars Düsterhöft
Abgeordneter für Johannisthal,
Ober- und Niederschöneide

Dankbar für jede und jeden

Schön, dass es Sie gibt – schön, dass Du da bist. Jede und jeder bringt etwas mit, alle sollen zu uns gehören in unserem Treptow-Köpenick.

Niemand ist perfekt – das gilt auch für mich. Meine Aufgabe als Bezirksbürgermeister ist es, dafür zu sorgen, dass sich die Menschen in Treptow-Köpenick wohl fühlen, dass sie aufgenommen werden,

dass sie sich hier ausleben können. Jede und jeder hat Talent!

Wir müssen mit Optimismus und Zuversicht unseren Bezirk planen. Wenn wir mehr Menschen werden, werden wir vielfältiger – darauf wollen und müssen wir eingehen. Wenn wir alle nicht perfekt sind, dann muss Unterstützung organisiert werden, für die, die

Hilfe brauchen – über den Bezirk oder das Ehrenamt. Insbesondere die Jüngsten und die Ältesten wollen und sollen wahrgenommen werden, bei ihren ersten Schritten ins Leben oder nach einem verdienten Arbeitsleben. Menschen, die eine Behinderung haben, wollen und müssen - völlig unabhängig vom Alter - zu uns gehören und

sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Und schließlich: der Geburtsort oder der bisherige Lebensweg sollen keine Hürde darstellen für eine gute Zukunft in unserem Bezirk – jede und jeder verdient Förderung und Hilfe.

Von Oliver Igel
Bezirksbürgermeister von
Treptow-Köpenick

Unterschiedlich. Gemeinsam. Stark.

Vielfalt braucht Chancengleichheit, klare Haltung und Zusammenhalt.

Treptow-Köpenick ist kein Bezirk aus einem Guss. Hier leben Menschen mit unterschiedlichen Lebensgeschichten, Hintergründen und Lebensentwürfen. Genau das macht unseren Bezirk lebendig. Diese Unterschiede sind keine Schwäche – sie sind eine Stärke, wenn wir sie ernst nehmen und schützen.

Zusammenhalt entsteht nicht automatisch. Er braucht klare Haltung und verlässliche Strukturen. Wer Gleichstellung nicht durchsetzt, verpasst Chancen. Wer Diskriminierung relativiert, schwächt das Miteinander. Deshalb setzen wir auf konkrete Maßnahmen: Schutz vor Gewalt, insbesondere gegen Frauen, barrierefreie öffentliche Räume, faire Teilhabe an Kultur und Politik sowie soziale Infrastruktur, die niemanden ausschließt.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt auch, soziale Unterschiede ernst zu nehmen. Armut, Ausgrenzung oder fehlende Zugänge verhindern echte Teilhabe. Wir wollen starke Stadtteilzentren, Beratungsangebote und Begegnungsorte, damit Menschen sich austauschen und einbringen können. Nähe schafft Vertrauen – und Vertrauen ist die Grundlage einer stabilen Demokratie.

Bürgerschaftliches Engagement trägt unseren Bezirk. Aktive in

Vereinen, Initiativen und Nachbarschaftsprojekten halten zusammen, was sonst auseinanderdriften würde. Dieses Engagement verdient Unterstützung, verlässliche Rahmenbedingungen und Anerkennung. Wer Verantwortung übernimmt, soll Rückenwind bekommen!

Wir stellen uns klar gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Ein solidarischer Bezirk braucht eine

klare Grenze nach rechts. Haltung ist keine Option, sondern Pflicht.

Unser Ziel ist ein Treptow-Köpenick, in dem Unterschiede nicht trennen, sondern bereichern. Dafür treten wir bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin sowie der Bezirksversordnetenversammlung an.

Von Julia Dittmar
Spitzenkandidatin für das Berliner
Abgeordnetenhaus der SPD
Treptow-Köpenick

Schaut auf diese Stadt... (Teil 2)

Berlin hat noch viel mehr, was gute Nachrichten schafft: etwa den Film-, den Kunst- oder Buchmarkt. Berlin lebt davon, dass es große wie kleine Akteure hat, die Nischen wie den Mainstream bedienen. Klar ist auch: Politik muss beides bespielen, weil genau das Berlin erfolgreich macht.

Es reicht nicht, nur die großen Branchen in den Blick zu nehmen. Schauen wir uns die Bölschesstraße an. Sie ist als Einkaufsstraße deshalb so beliebt, weil sie vielfältige,

kleinere Geschäfte und Gewerbe vereint. Damit das so bleibt, gibt es viel zu tun. Zwar ist die Aufenthaltsqualität gut, aber auch hier steigen die Mieten. Daher braucht ein gutes Netzwerk. Gemeinsam ist man immer stärker. Das sollte die Sozialdemokratie noch stärker betonen. Aber auf die Politik warten sollten Gewerbetreibende nicht, sondern sich unterhaken und gemeinsam agieren.

Ganz wichtig ist mir, zu betonen: Kultur ist auch Wirtschaft!

Hier geht es um Spielstätten wie das Schlossplatztheater oder Orte wie das ABC Hirschgarten. Viele Arbeitsplätze, die viel zu rasch aus dem Blick geraten. Kultur zieht Menschen nach Berlin, ob als Schaffende oder als Betrachter. Und Kultur vermag es, uns zu hinterfragen. Sie ist eben systemrelevant. Das sollte nie vergessen werden. Deshalb ist es richtig, dass die Sozialdemokratie in Berlin auf eine breite Förderung setzt. Kultur ist noch mehr als ein

Wirtschaftsfaktor. Sie beeinflusst auch unsere Gesellschaft. Mit Kultur geht Demokratie einher. Wir alle bekommen Kritik oder gesellschaftliche Entwicklungen auf den verschiedensten Wegen kulturvoll nahegebracht. All das ist Garant und Voraussetzung für unsere Demokratie. Und immer dann, wenn die Extreme Überhand zu nehmen droht, geht es auch der Wirtschaft weniger gut. Es wird weniger investiert und viele Fachkräfte kommen gar nicht erst.

Auf unserer Offenheit können wir stolz sein – sie zahlt sich aus. Wirtschaft und Kultur sind wichtig für Berlin und Treptow-Köpenick. Wir müssen dranbleiben – und können uns dann über gute Nachrichten aus diesen Bereichen freuen.

Von Dunja Wolff
Abgeordnete für Friedrichshagen,
Rahnsdorf, Hessenwinkel und
Wilhelmshagen

Fünf Jahre engagierte Kommunalpolitik

BILANZ DER SPD-FRAKTION IN DER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG (BVV)

Von Irina Vogt und Paul Bahlmann
Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Die vergangenen fünf Jahre waren für unsere Fraktion eine Zeit intensiver Arbeit. Unsere Gesellschaft, Berlin und Treptow-Köpenick stehen vor riesigen Herausforderungen. Trotz allem arbeiten wir weiter für einen Bezirk, der allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht – unabhängig vom Geldbeutel. Ein Bezirk, in dem wir gerne leben.

Unsere Politik im Bezirk setzt auf Zusammenarbeit. Gemeinsam mit Initiativen, Trägern, Vereinen, anderen demokratischen Parteien, der Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern haben wir daran gearbeitet, Treptow-Köpenick sozial, gerecht, nachhaltig und lebenswert zu gestalten. Wir haben wichtige Projekte angeschoben und Fortschritte für unseren Bezirk erreicht.

Ein wichtiger Grund für die Beständigkeit ist Oliver Igel als Bezirksbürgermeister. Er hat Treptow-Köpenick durch enorme Krisen geführt - die Corona-Pandemie, den Ukraine-Krieg und die Energiekrise von 2022. Eine enorme Herausforderung war der Stromausfall von 2025. Damals waren ca. 50.000 Menschen über 60 Stunden ohne Strom. Oliver Igel hat den Bezirk mit hohem persönlichem Einsatz durch diese Krise geführt. Wie gut es hier lief, zeigt der Vergleich mit



Quelle: SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Steglitz-Zehlendorf im Januar 2026.

Eine weitere Konstante für Arbeit im Bezirk stellt Zusammenarbeit von SPD, Die LINKE, Bündnis 90/Grüne sowie den Verordneten von

Tierschutzpartei & Volt dar. Diese Kooperation hat viel für den Bezirk erreicht. Ruhig und lösungsorientiert haben wir gemeinsam zum Wohle des Bezirks gearbeitet.

Zuletzt bei den zähen Haushaltsverhandlungen für 2026/2027: Wir haben Investitionen für unseren Bezirk gesichert. Wir haben Angebote gestärkt, die Menschen in Krisenzeiten stützen und die Schuldnerberatung sowie die Angebote gegen häusliche Gewalt ausgebaut. Auch die Honorarmittel für Kulturschaffende in bezirkseigenen Einrichtungen haben wir erhöht. Ein weiterer wichtiger Punkt war uns die Sauberkeit und Pflege unserer Grünflächen. Wir wollen, dass sie für alle nutzbar sind.

Berlin fehlen bezahlbare Wohnungen. Wir setzen auf die Entwicklung neuer Stadtquartiere, wo Wohnraum, Kitas, Schulen, Raum für Ärzte oder Einzelhandel mitgeplant werden, wie am Segelfliegerdamm, dem Köpenicker Güterbahnhof oder in Rahnsdorf. Hier entsteht städtischer oder gemeinnütziger Wohnraum. Woran es mangelt, sind mehr Verkehrsverbindungen. Unser Fokus liegt beim öffentlichen Nahverkehr. Es braucht mehr und verlässlicheren Nahverkehr. Buslinien müssen verstärkt und Straßenbahnlinien ausgebaut werden.

Der Fokus der SPD lag während der gesamten Wahlperiode auf der Stärkung der direkten Bürgerbeteiligung. Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sollten direkt in bezirkliches Handeln übergehen. Darum haben wir unser einzigartiges Beteiligungsinstrument, die

„Kiezkassen“ neu aufgestellt. Damit künftig noch mehr Menschen sich beteiligen können. Darüber hinaus haben wir die Gründung eines Kinder- und Jugendparlaments unterstützt, weil gerade junge Menschen und ihre Ansichten in der Politik unterrepräsentiert sind.

Die SPD-Fraktion hat selbst an unzähligen Stellen den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern gesucht. Unsere Bezirkspolitik lebt vom Dialog mit den Menschen. Viele Initiativen und Beschlüsse der vergangenen Jahre sind aus Bürgergesprächen und mit Initiativen und lokalen Akteuren entstanden. Mit unserem Format „Dialog-Café“ haben wir gezielt über Monate mit Engagierten aus dem Bezirk an verschiedenen Themen gearbeitet: Mit Alleinerziehenden, Senioren und Jugendlichen. Aus dem Format sind konkrete Initiativen zum Hitzeschutz sowie eine Stärkung des Seniorennetzwerks im Bezirk entstanden.

Treptow-Köpenick ist heute ein lebenswerter Bezirk mit hoher Lebensqualität, starken Nachbarschaften und großem Potenzial für die Zukunft.

Auch in den kommenden Jahren wird sich die SPD-Fraktion mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass Treptow-Köpenick ein sozial gerechter, nachhaltiger und lebenswerter Bezirk für alle bleibt.

Unsere Kiezpaten in Treptow-Köpenick:

Oberschöneweide
Paul Bahlmann

Johannisthal
Irina Vogt

Dammvorstadt
Manuel Tyx

Müggelheim
Sabine Bock

Plänterwald
Josefine Brandt

Altglienicke
Peter Groos

Rahnsdorf, Hessenwinkel
Edwin Hoffmann

Adlershof
Rainer Hölmer

Allende-Viertel
Steffen Sambill

Kiezkasse Treptow-Köpenick – ein Erfolgsmodell

Nah an den Menschen – das ist der Kern erfolgreicher sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Wir sind nah an den Menschen, weil wir Lösungen für die Probleme suchen, die für die Mehrheit der Menschen wichtig sind. Weil nicht nur das Leben insgesamt, sondern auch Politik und Verwaltung komplizierter geworden sind, wissen wir aber, dass Bürgerbeteiligung nicht einfach so gelingt, nur weil wir es so wollen. Dafür bedarf es besonderer Formate und Methoden, die die Menschen ansprechen und die ihnen ihre Beteiligung auch lohnend erscheinen lässt.

Das Erfolgsmodell der Bürgerbeteiligung in Treptow-Köpenick ist seit 2013 die Kiezkasse.

Ziel der Kiezkasse war und ist es, ein niedrigschwelliges Format für Beteiligung zu schaffen, mit dem das bürgerschaftliche Engagement

gestärkt und die Identifikation der Menschen mit ihrem Lebensumfeld verbessert wird. Dafür stellen Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung jährlich ein Budget aus dem Bezirkshaushalt – anfangs waren es 50.000, jetzt sind es 100.000 € – bereit, das auf die 20 Ortsteile aufgeteilt wird. Für das Geld bewerben sich Bürgerinnen und Bürger mit Ideen für ihren Kiez, mit Projekten, die sie vor Ort umgesetzt haben wollen, die sie mitbringen in eine Kiezkassenversammlung und für die sie dort eine demokratische Mehrheit suchen. Gelebte Demokratie für Projekte und Ideen, die den Zusammenhalt und das Miteinander in den Ortsteilen stärken sollen.

Nach gut zehn Jahren war es aber auch an der Zeit, die Kiezkasse Treptow-Köpenick weiterzuentwickeln. Dazu gab uns das Projekt „Smarte

Partizipation – von der Kiezkasse bis zum Bürger/-innenhaushalt“ die Möglichkeit, über mehr als zwei Jahre mit BVV, Bezirksamt und Experten über Veränderungen zu beraten. Herausgekommen sind erstmals professionell entwickelte Öffentlichkeitsmaterialien rund um die Marke „Kiezkasse Treptow-Köpenick“ sowie die Digitalisierung des gesamten Kiezkassenverfahrens auf der Plattform einer Kiezkassen-App. Wir sind damit Vorbild für andere im Land Berlin!

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben gemeinsam mit den meisten politischen Kräften in der BVV die Kiezkasse von Anfang an gewollt und stets politisch unterstützt. Für uns ist die Kiezkasse ein bezirkspolitisches Projekt mit großen Potentialen und von herausragender Wichtigkeit für die kommunale

Demokratie. Wir sind uns sicher, dass sich die jetzige Modernisierung auszahlen und die Bedeutung der Kiezkasse erhöhen wird. Wir werden bei den Teilnahmezahlen vielleicht schon in diesem Jahr einen sprunghaften Anstieg erleben und Hinzugezogene wie Alteingesessene erstmals oder neu für die Kiezkasse begeistern können.

Auch das ist ein sozialdemokratischer Gedanke: Das Engagement einiger kommt letztlich allen Menschen im Kiez, uns allen in Treptow-Köpenick zugute! Wir setzen uns dafür ein, dass es so kommt. Denn das wäre eine gute Nachricht mehr für unseren Bezirk Treptow-Köpenick!

Von Peter Groos
Vorsteher der
Bezirksverordnetenversammlung
Treptow-Köpenick

Unsere Bilanz zu den Themen Kultur und Kulturförderung

Die SPD-Fraktion Treptow-Köpenick hat in der vergangenen Wahlperiode wichtige Impulse für die kulturelle Entwicklung des Bezirks gesetzt und zentrale Projekte erfolgreich vorangebracht. Ein besonderer Erfolg war die Beteiligung bei der Rettung des Schloßplatztheaters, das als bedeutender kultureller Ort erhalten werden konnte. Damit haben wir nicht nur einen traditionsreichen Spielort im Bezirk gesichert, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur lokalen Identität geleistet.

Im Bereich der Erinnerungskultur wurde mit dem Forschungsprojekt zur Straßenbenennung nach



Quelle: Oliver Igel

Frauen ein starkes Zeichen gesetzt. Ziel ist es, die Sichtbarkeit von mit dem Bezirk stark verbundenen Frauen im öffentlichen Raum zu erhöhen und damit einen Beitrag zu mehr historischer Gerechtigkeit zu leisten. Dieses Projekt verbindet die überfällige Aufarbeitung mit kommunalpolitischer Umsetzung.

Mit dem „Walk of Sports“ in Treptow-Köpenick haben wir zudem ein innovatives Format geschaffen, das Sportgeschichte im öffentlichen Raum erlebbar macht und die Leistungen von Sportlerinnen und Sportlern aus dem Bezirk würdigt. Dies stärkt nicht nur das Gemeinschaftsgefühl, sondern verknüpft

Kultur und Sport auf besondere Weise.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Aufarbeitung der Lokalgeschichte. Die Weiterentwicklung der Gedenkstätte zur Köpenicker Blutwoche unterstreicht das Engagement für eine lebendige und verantwortungsbewusste Erinnerungskultur.

Auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Kunstschaffenden haben wir vorangebracht. Mit der Forderung nach einer Einführung von Ausstattungsvergütungen für bildende Künstlerinnen und Künstler konnten wir einen wichtigen Schritt hin zu fairer Be-

zahlung und mehr Wertschätzung künstlerischer Arbeit erreichen.

Nicht zuletzt haben wir es geschafft, die Räumlichkeiten für das Familienprojekt „Sonnenkinder“ zu sichern. Damit bleibt ein wichtiger sozialer und kultureller Anlaufpunkt im Bezirk erhalten, der Familien unterstützt und Gemeinschaft fördert.

Insgesamt zeigt sich, dass die SPD-Fraktion Kultur als verbindendes Element versteht, das gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, Geschichte sichtbar macht und kreative Arbeit fördert.

Von Irina Vogt
Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

AUS KRISEN LERNEN: KATASTROPHENSCHUTZ AUSBAUEN!

Von Manuel Tyx

Stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Der großflächige Stromausfall im September 2025 hat eindrücklich gezeigt, wie verletzlich auch eine moderne Metropole sein kann – aber ebenso, wie leistungsfähig der Bevölkerungsschutz in Treptow-Köpenick ist. Dank des schnellen, koordinierten und unermüdeten Handelns des Bezirksamtes, der Einsatzkräfte und zahlreicher ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer ist es gelungen, die Lage zu bewältigen und die Auswirkungen für die Bevölkerung so weit wie möglich abzufedern. Als SPD-Fraktion haben wir dafür ausdrücklich unseren Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Auch der Stromausfall Anfang 2026 im Berliner Südwesten hat erneut verdeutlicht, wie wichtig funktionierende Strukturen im Katastrophenschutz sind. Während berlinweit Defizite bei Vorbereitung, Kommunikation und einheitlichen Standards sichtbar wurden, zeigt sich in Treptow-Köpenick, dass frühzeitige Befassung und klare Prioritätensetzung einen Unterschied machen. Unser Bezirk ist gut aufgestellt. Unter der Leitung von Bezirksbürgermeister Oliver Igel wurden in den vergangenen Jahren wichtige Investitionen angestoßen, etwa in sogenannte Katastrophenschutz-Leuchttürme, die im Ernstfall als verlässliche Anlaufstellen für die Bevölkerung dienen.



Quelle: Adobe Stock

Als SPD-Fraktion haben wir dazu in den vergangenen Monaten weitere wichtige Impulse gesetzt. Ein Schwerpunkt liegt auf der besseren Information und Einbindung der Bevölkerung. Mit einem bezirklichen Handbuch für Katastrophenschutz und Selbstschutzmaßnahmen schaffen wir konkrete Orientierung und stärken die Eigenvorsorge. Gleichzeitig aktivieren wir gezielt lokale Initiativen und Nachbarschaftsnetzwerke, um sie als Partner im Krisenfall einzubinden.

Auch die wirtschaftlichen Auswirkungen von Krisen nehmen wir in den Blick. Die Erfahrungen aus dem Stromausfall haben gezeigt, wie anfällig Betriebe sein können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Unternehmen mit praxisnahen Hilfestellungen besser auf mögliche Ausnahmesituationen vorzubereiten.

Für uns ist klar: Katastrophenschutz ist ein zentraler Bestandteil moderner Daseinsvorsorge und eine Daueraufgabe. Die Ereignisse der vergangenen Monate haben gezeigt, dass Treptow-Köpenick auf einem guten Weg ist. Diesen Weg gehen wir weiter – mit klaren Konzepten, engagierten Akteuren und dem Ziel, unseren Bezirk noch widerstandsfähiger zu machen.

Treptow-Köpenick in Bewegung:

UNSERE BILANZ FÜR VERKEHR, BAUSTELLEN, STADTENTWICKLUNG UND ORDNUNG

Von Manuel Tyx

Stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick wächst – und mit ihm die Herausforderungen. Für uns als SPD-Fraktion ist klar: Gute Politik zeigt sich nicht nur in Forderungen, sondern in konkreten Lösungen, die im Alltag funktionieren. Genau daran haben wir in den vergangenen Jahren gearbeitet.

Besonders sichtbar wird das in der Altstadt Köpenick. Die umfangreichen Bauarbeiten waren und sind eine große Belastung – für Gewerbe, Anwohner sowie für den Verkehr. Deshalb haben wir frühzeitig gehandelt: Auf unsere Initiative hin wurden zusätzliche Mittel im Haushalt für ein gezieltes Baustellenmarketing bereitgestellt. So konnten Erreichbarkeit und Sichtbarkeit gesichert und konkrete Lösungen vor Ort unterstützt werden. Für uns gilt: Baustellen dürfen nicht sich selbst überlassen werden – sie müssen aktiv gesteuert werden.

Im Verkehrsbereich war ein Schwerpunkt für uns die Schwegesicherheit: sichere Querungen, bessere Sichtbeziehungen und klare Verkehrsführungen im Umfeld von Schulen haben wir immer wieder eingefordert. Auch beim Baustellenverkehr haben wir Druck gemacht, damit Umleitungen nachvollziehbar sind und nicht einseitig zu Lasten einzelner Kieze gehen. Gleichzeitig haben wir Verbesserungen gefordert, um Wohn-

gebiete gezielt zu entlasten – etwa gegen Ausweichverkehre und an stark belasteten Knotenpunkten im Bezirk. Zudem setzen wir uns für einen besseren ÖPNV ein.

Im Bereich Stadtentwicklung hat uns das Projekt der Stadt und Land auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne Hessenwinkel seit Mitte 2024 intensiv beschäftigt. Auch hier konnten durch uns klare Akzente gesetzt werden. Wir haben nicht nur eine Einwohnerversammlung durchgesetzt, sondern im frühzeitigen Bebauungsplanverfahren auch konkrete Änderungen erreicht: Die Bebauung wurde auf maximal sechs Geschosse begrenzt. Damit ist es gelungen, die Planungen spürbar zu verbessern und an die bestehende Struktur anzupassen. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass die Frage der Schul-

platzversorgung in Hessenwinkel entscheidend für das Projekt sein wird.

Stadtentwicklung heißt für uns nicht „entweder oder“, sondern beides: neuer, bezahlbarer Wohnraum und der Schutz gewachsener Kieze.

Auch beim Thema Ordnung zeigen wir klare Haltung. Saubere Straßen, sichere Wege und ein respektvolles Miteinander sind keine Nebensache. Wir setzen deshalb auf eine stärkere Präsenz des Ordnungsamtes, konsequente Kontrollen und Maßnahmen gegen Vermüllung und Regelverstöße, so auch zuletzt rund um den 1. Mai im Treptower Park. Darüber hinaus konnten wir den Haushalt so gestalten, dass die Finanzierung der Pflege unserer Grünflächen weiterhin stabil bleibt.



Quelle: Manuel Tyx

Unsere Bilanz zu den Themen Gleichstellung und gesellschaftliche Vielfalt

Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick hat im Bereich „Gleichstellung und gesellschaftliche Vielfalt“ in der laufenden Wahlperiode klare sozialdemokratische Akzente gesetzt. Unser Anspruch ist es, Teilhabe für alle zu sichern, Benachteiligungen abzubauen und den Bezirk zu einem Ort zu machen, an dem Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern aktiv gefördert wird.

Ein zentrales Anliegen ist uns dabei die Verbesserung der Infrastruktur für Familien und Alleinerziehende. Mit unserem Antrag zur Schaffung von Wickelmöglichkeiten auf bezirklichen Spielplätzen haben wir einen konkreten Beitrag zur verbesserten Familienfreundlichkeit geleistet. Wir sorgen dafür, dass Eltern und Betreuungspersonen im Alltag besser unterstützt werden und öffentliche Räume für alle einfacher und unkomplizierter zugänglich sind.

Mit einer Reihe konsequenter Initiativen haben wir unseren Einsatz für Gleichstellung, den Schutz vor Gewalt und soziale Gerechtigkeit unterstrichen. Diese Themen sind für uns keine Randthemen, sondern zentrale Grundpfeiler einer gerechten Politik. Und diese sind wichtiger denn je.

Unser besonderer Fokus liegt dabei auf dem Schutz von Frauen vor Gewalt. Mit der Initiative zur Einrichtung einer Interventions- und

Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt bauen wir die Hilfsstrukturen wirksam aus. Ziel ist es, Betroffene schneller zu erreichen, Angebote besser zu vernetzen und Prävention nachhaltig zu stärken. Gewalt darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben, weder im Verborgenen noch im Öffentlichen. Ein sichtbares Zeichen dafür setzt die Errichtung einer „Roten Bank“ im öffentlichen Raum.

Um die Perspektiven von Frauen stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubringen, setzt sich die SPD-Fraktion für die Einrichtung eines Frauenbeirats in der Bezirksverordnetenversammlung ein. Nur mit fachlicher Begleitung und gezielter Mitwirkung können wir strukturelle Gleichstellung vorantreiben.

Ein weiteres Kernanliegen ist die soziale Gerechtigkeit. Mit dem Antrag zur Bereitstellung kostenfreier Menstruationsartikel gehen wir gezielt gegen Periodenarmut vor und tragen dazu bei, ein lang tabuisiertes Thema zu entstigmatisieren. Menstruation ist ein natürlicher Teil des Lebens, der Zugang zu Hygieneartikeln darf keine Frage des Geldbeutels sein – das ist unsere klare Position.

Wir wollen, dass unser Bezirk für alle lebenswert, solidarisch, vielfältig und ohne Angst vor Gewalt oder Ausgrenzung ist. Deswegen werden wir uns auch künftig mit Nachdruck für eine Politik einset-

zen, die Gleichstellung und gesellschaftliche Vielfalt als Grundpfeiler einer gerechten Gesellschaft versteht.

Grit Rohde

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

BVV-FRAKTION

Politik heißt für uns vor allem zuhören! Als SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung ist es uns wichtig, dass wir in einem ständigen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk sind.

Daher sind nicht nur unsere Verordneten täglich im Bezirk unterwegs, sondern Sie erreichen unser Fraktionsbüro auch täglich per E-Mail oder über das Kontaktformular auf unserer Website.

Öffnungszeiten: Mo.-Fr.
10-15 Uhr

Tel.: 030/90297446

E-Mail: buero@spd-fraktion-tk.de

<https://spd-fraktion-treptow-koepenick.de/kontakt>



SPORT, JUGEND UND BILDUNG: GEMEINSAM GEDACHT, BESSER GEMACHT

In Treptow-Köpenick zeigt sich besonders deutlich, wie eng Sport-, Jugend- und Bildungspolitik miteinander verzahnt sind – oder sein sollten. Junge Menschen brauchen nicht nur gute Schulen, sondern auch funktionierende Freizeitangebote, zugängliche Sportstätten und verlässliche soziale Infrastruktur. Genau hier setzt die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung seit Jahren an: Sie denkt diese Politikfelder konsequent zusammen und entwickelt daraus konkrete, umsetzbare Vorschläge.

Ob es um die Sanierung von Sportanlagen, die bessere Ausstattung von Jugendfreizeiteinrichtungen oder die Kooperation zwischen Schulen und Vereinen geht – die SPD bringt regelmäßig Anträge ein, die auf nachhaltige Verbesserungen abzielen – wie zum Beispiel die Gründung des Kinder- und Jugendparlaments.

Dabei wird deutlich, dass es nicht um Einzelmaßnahmen geht, sondern um ein Gesamtkonzept: Bildung endet nicht im Klassenzimmer, und Sport ist mehr als Freizeitbeschäftigung – er ist soziale Teilhabe und gesundheitliche Prävention.

Umso auffälliger ist es, dass die beiden zuständigen CDU-Stadträte diesem Anspruch bislang kaum gerecht werden. Statt strategisch zu handeln, fehlt es häufig an klarer Prioritätensetzung und an der Bereitschaft, die verschiedenen Bereiche sinnvoll miteinander zu verbinden. Projekte verzögern sich, notwendige Investitionen bleiben aus oder werden nicht konsequent verfolgt – so hat es Treptow-Köpenick leider erst in diesem Jahr – als letzter Bezirk – geschafft eine Rahmenkonzeption zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe auf den Weg zu bringen.

Die SPD-Fraktion hingegen zeigt, wie es besser gehen kann: mit langfristigem Denken, engem Austausch mit lokalen Akteuren und dem Willen, konkrete Verbesserungen für Kinder, Jugendliche und Familien zu erreichen. Gerade in einem wachsenden Bezirk wie Treptow-Köpenick ist das entscheidend. Wer die Zukunft gestalten will, muss Sport, Jugend und Bildung gemeinsam denken – und genau dafür liefert die SPD die passenden Impulse.

Von Steffen Sambill

Vorsitzender des Schulausschusses sowie Mitglied im Sport- und Jugendhilfeausschuss der BVV Treptow-Köpenick



Quelle: Steffen Sambill